

Stand: 09.02.2026 04:35:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/88

"Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/88 vom 06.12.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/450 des VF vom 25.01.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024
4. Beschluss des Plenums 19/719 vom 13.03.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den aktuellen Stand der Planung eines niederbayerischen Verwaltungsgerichts in Freyung zu berichten. Für den Fall, dass die Staatsregierung an der Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg nicht mehr festhalten möchte, fordert der Landtag eine adäquate Kompensation für Freyung.

Begründung:

Bis zum Sommer 2021 war noch unklar, ob die angekündigte Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg nach Freyung tatsächlich stattfindet. Bei einem Besuch vor Ort versprach der Staatsminister des Inneren, für Sport und Integration Joachim Herrmann der Stadt dann, dass der Umzug trotz Streitigkeiten in der Koalition wie geplant stattfände. Seitdem hat sich wieder Schweigen über das Projekt gelegt. Dieses Schweigen dröhnt nun umso lauter, da das niederbayerische Verwaltungsgericht nicht im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER erwähnt wird. Generell werden darin München und Nürnberg viele Versprechungen gemacht, aber der ländliche Raum, insbesondere Niederbayern, geht fast leer aus. Es ist daher von hohem Interesse für den Landtag, über die Planungen der Staatsregierung zur Verlegung informiert zu werden. Sollte die Verlegung doch nicht stattfinden – wie es ja bereits 2021 schien – so muss der Stadt Freyung eine Alternative angeboten werden. Denn Regionalförderung kann nur mit Verlässlichkeit funktionieren. Die Menschen in Freyung und im Bayerischen Wald dürfen nicht länger das Nachsehen haben!



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/88

Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 25. Januar 2024 beraten und mit folgendem Stimmenergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? Gegenstimmen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit
und die nicht einzeln zu beratenden Anträge
zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 10. Januar 2024 (1 BvR 1726/23) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
 1. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Mai 2023 – BVerwG 9 CN 1.22 –,
 2. die Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) vom 30. Januar 2020, geändert durch Satzung der Universitätsstadt Tübingen zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer vom 27. Juli 2020
- PII-G1320.23-0002
Drs. 19/362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Arif Taşdelen,
 Florian von Brunn u.a. SPD
 Folgen einer „Redimensionierung“ des Münchener Konzerthauses
 Drs. 19/18, 19/316 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Johannes Meier,
 Florian Köhler und Fraktion (AfD)
 Weitere Grünflation verhindern: CO₂-Maut abschaffen!
 Drs. 19/24, 19/463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp,
 Harald Meußgeier AfD
 Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!
 Drs. 19/25, 19/372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
 Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD
 Fach- und Förderlehrkräfte endlich angemessen besolden
 Drs. 19/40, 19/468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk –
Morgendliches Singen des Bayernliedes und der
Nationalhymne an bayerischen Schulen
Drs. 19/70, 19/469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ohne
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arzneimittelversorgung sichern, Innovationskraft im Bereich der Arzneimittelforschung stärken, Innovationsstandort Deutschland sichern, Lieferengpässen entgegenwirken
Drs. 19/83, 19/458 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial möglicher Bahnhalte im Zuge des Projekts Ulm–Augsburg untersuchen
Drs. 19/86, 19/462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schnelle und unbürokratische Umsetzung der Förderrichtlinie für Tierheime (FöR-TH)
Drs. 19/87, 19/433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation
Drs. 19/88, 19/450 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Obdachlosigkeit beenden – Ergebnisse der Studie zu „Housing First Bayern“
Drs. 19/89, 19/464

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schneechaos im Eisenbahnverkehr
Drs. 19/112, 19/461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Wie beeinflussen Modellprojekte gegen Wohnungslosigkeit die Hilfennetze vor Ort in Bayern?
Drs. 19/114, 19/467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Umweltauswirkungen von Frackinggasimporten klar benennen!
Drs. 19/202, 19/434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Kassenbonpflicht abschaffen – Ressourcen schonen und Umwelt schützen!
Drs. 19/204, 19/457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag zu Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft durch die Ökodesign-Richtlinie für nachhaltige Produkte (ESPR)
Drs. 19/205, 19/454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nein zu Stromrationierungen privater Haushalte!
Ende der Energiewende jetzt!
Drs. 19/206, 19/455 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort braucht eine leistungsstarke und nachhaltige Energieproduktion und -versorgung – Energiewende endlich Top-Priorität geben!
Drs. 19/216, 19/456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD
EU-Werte schützen – keine Ratspräsidentschaft für Orbáns Ungarn
Drs. 19/217, 19/426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Lage und Perspektiven der Bauwirtschaft in Bayern
Drs. 19/230, 19/460 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,
Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bahnprojekt Ulm–Augsburg: Mögliche Bahnhalte untersuchen
Drs. 19/237, 19/459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülsen Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/88, 19/450

Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Toni Schuberl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Peter Wachler

Abg. Rene Dierkes

Abg. Martin Behringer

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Horst Arnold

Abg. Felix Locke

Staatssekretär Sandro Kirchner

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation (Drs. 19/88)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Toni Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist das Wort des Innenministers wert?

(Zuruf: Ui, ui, ui!)

Was ist das Wort von Joachim Herrmann wert? Was ist das Wort von Ministerpräsident Markus Söder wert? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier nicht darum, ob Freyung ein Verwaltungsgericht bekommt oder nicht. Darüber kann man sachlich streiten. Da kann man Für und Wider abwägen. Es ist auch völlig normal, dass manches Projekt scheitert. So ist Politik. Man versucht etwas. Man versucht, es durchzusetzen, und am Ende ist man erfolgreich oder man scheitert. Aber hier wurden Versprechen abgegeben, und diese Versprechen wurden gebrochen. Immer vor Wahlen werden große Versprechungen gegeben. Danach werden sie wieder gebrochen.

(Martin Wagle (CSU): So ein Schmarrn!)

Dies ist die CSU-Politik bei uns, und das zerstört bei uns vor Ort das Vertrauen in die Politik.

(Martin Wagle (CSU): Das glaubst du ja selber nicht!)

Am Anfang stand ein Trainingszentrum für alle Spezialeinheiten der bayerischen Polizei in Freyung im Raum. Wow, welche Ankündigung! Alle CSU-Mitglieder klopften sich

öffentlichkeitswirksam dafür auf die Schulter, was sie für die Region erreicht hätten – natürlich vor einer Wahl. Stück für Stück wurde das Projekt wieder beerdigt. Nun hieß es, ein kleines Fortbildungszentrum komme als Kompensation.

Dann kam das Thema Verwaltungsgericht auf, natürlich wieder vor einer Wahl. Vor Ort waren wir alle überrascht, als Markus Söder auf der Klausurtagung der CSU im Januar 2020 Freyung als Standort für ein Verwaltungsgericht festlegte. Selbst der Freyunger Bürgermeister war überrascht. Offensichtlich war auch der Koalitionspartner überrascht.

(Martin Wagle (CSU): Positiv überrascht!)

Weil wir überrascht waren, wurde nachgefragt, wie sicher dies sei. Ich selbst habe beim Innenminister nachgefragt. Der Innenminister Joachim Herrmann war auch persönlich in Freyung. Ich war dort auch anwesend. Der Innenminister ist vor Ort gefragt worden, ob das Verwaltungsgericht kommen wird, und er hat dies noch einmal bestätigt. Was ist das Wort eines Innenministers wert?

Das Kabinett hat dann am 29.06.2021 beschlossen, dass das Verwaltungsgericht Freyung mit 50 Beschäftigten gegründet werde. Dies war ein Beschluss des Kabinetts! Der CSU-Bezirkstagspräsident und Freyunger Bürgermeister Olaf Heinrich sagte daraufhin – Zitat –: Für mich war immer klar, wenn ein bayerischer Ministerpräsident eine Zusage trifft, kann man sich darauf verlassen. Dies hat sich nun eindrucksvoll bewährt. Ich danke Dr. Markus Söder für seine Durchsetzungsfähigkeit und Unterstützung unserer Stadt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Hört, hört!)

Ins gleiche Horn stieß Max Gibis von der CSU, ein früherer Landtagsabgeordneter. Zitat: Mein Dank geht an unseren Ministerpräsidenten Markus Söder, der die Region nicht hängen hat lassen. – Nein, man kann sich auf die Zusage des Ministerpräsidenten nicht verlassen, und hier hat Söder die Region hängen lassen!

Die größte Frechheit geschah im Verfassungsausschuss, als ich eine Kompensation gefordert habe. Dann hieß es, das Fortbildungszentrum der Polizei sei doch nun auch die Kompensation für das Verwaltungsgericht. Die Verlagerung der Lotterieverwaltung nach Freyung – eine Idee des Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER – ist auch gescheitert, und ich will hier Klarheit. In unserem Antrag fordere ich – ich zitiere, damit jeder weiß, worüber er abstimmt, und habe auch namentliche Abstimmung beantragt, damit klar ist, wie auch die Abgeordneten in der Region abstimmen –:

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben das beantragt? In welcher Funktion?)

"Für den Fall, dass die Staatsregierung an der Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg nicht mehr festhalten möchte, fordert der Landtag eine adäquate Kompensation für Freyung." Sie können hier heute abstimmen, was das Wort eines Innenministers und was das Wort eines Ministerpräsidenten wert ist.

(Martin Wagle (CSU): So ein Schmarrn! – Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU) – Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden morgen im Verfassungsausschuss auch einen konkreten Vorschlag von mir erhalten. Dort werde ich vorschlagen, dass das digitale Registergericht, zu dem in Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass es für Bayern kommen soll, nach Freyung kommen soll. Hier gibt es bereits die Immobilien. Freyung hat das Gelände bereits gekauft. Es liegt direkt neben dem schon bestehenden Amtsgericht. Auch gibt es den Anschluss an das IT-System. Stimmen Sie heute zu, und stimmen Sie morgen im Verfassungsausschuss zu! Halten Sie Ihr Wort!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Peter Wachler für die CSU-Fraktion.

Peter Wachler (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Zuschauertribüne!

Herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute zu einem Thema zu sprechen, das uns allen und besonders auch mir am Herzen liegt. Ich persönlich bin in der Kommunalpolitik sozialisiert. Als ehemaliger Bürgermeister der ländlich geprägten, aber nicht minder schönen Marktgemeinde Markt Wald in meinem Heimatlandkreis Unterallgäu weiß ich um die Bedeutung und die Entwicklung, aber auch um die Stärkung des ländlichen Raums in Bayern.

Herr Schuberl, Sie sprechen von Wortbruch. Ja, auch der Wortbruch der Ampel-Regierung steht deutlich im Raum; denn diese hat den ländlichen Raum offenbar gänzlich vergessen. Mittelkürzungen in diesem Bereich treffen die ländlichen Regionen unglaublich hart.

(Johannes Becher (GRÜNE): Jetzt geht es um das Verwaltungsgericht!)

Das Fehlen von Mitteln des Bundes kann Bayern nicht auffangen.

(Beifall bei der CSU)

Dennoch müssen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land tatsächlich unser oberstes Ziel sein.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Daher danke ich unserem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister dafür,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zum Thema!)

dass sie immer wieder für den ländlichen Raum und für die Mittel, die uns von Berlin vorenthalten werden, kämpfen.

Genau darum dreht sich heute meine Rede. – Ich komme zum Thema, Herr Schuberl, keine Sorge. Ich spreche für den ländlichen Raum, und heute besonders für den Landkreis Freyung-Grafenau. Unsere gemeinsame Aufgabe hier im Plenum ist es, stets darauf bedacht zu sein, die Balance zwischen den verschiedenen Regionen zu

wahren und ein harmonisches Wachstum zu fördern. In der CSU-Fraktion haben wir konsequent und nachdrücklich für die Förderung ländlicher Gebiete gekämpft. Maßnahmen wie die Verlagerung von Behörden sind dabei meines Erachtens essenzielle Werkzeuge, um einen ausgeglichenen Strukturwandel zu erzielen. An dieser Stelle gilt meinem Heimatstimmkreis ein großes Dankeschön für das neue Behördenzentrum in Kaufbeuren. Auch wenn der Effekt vielleicht nicht exakt in Heller und Pfennig darzustellen ist, sehe ich diese essenziellen Werkzeuge für den ländlichen Raum wie die Meile auf offener See, meine sehr geehrten Damen und Herren: Auch wenn man sie vielleicht nicht gleich sieht, ist sie gesegelt.

(Beifall bei der CSU)

Der Landkreis Freyung-Grafenau steht exemplarisch für genau diese Bestrebungen. Mit dem Bau eines Fortbildungs- und Tagungszentrums der bayerischen Polizei werden wir zumindest ansatzweise dem Streben gerecht, hier einen wichtigen Beitrag für Freyung und die gesamte Region zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Als politisch Verantwortliche tragen wir aber auch eine sehr große Last für all die Projekte, die unter Umständen keine Berücksichtigung finden können. Dies soll uns persönlich eine große Mahnung sein, die Interessen im ländlichen Raum umso entschlossener voranzubringen, vielleicht gerade unter erschwerten Bedingungen, wenn wir tagtäglich mit Kürzungen der Bundesmittel im ländlichen Raum zu kämpfen haben. Ich habe bereits angedeutet, es gibt Projekte, die im ersten Moment wichtig und erstrebenswert erscheinen, dann aber doch keine Berücksichtigung in der Ausführung finden können, vor allem, wenn sie bedauerlicherweise auch in der Koalition keine Mehrheit finden; denn dann können auch wir als CSU im Rahmen unserer Koalition nicht alleine voranpreschen, unabhängig davon, wie gut und wichtig das Projekt auch sein möge.

Das Projekt eines Verwaltungsgerichts in Freyung – passen Sie jetzt bitte sehr, sehr gut auf, Herr Schuberl, ich sage dies ganz bewusst – wäre meines Erachtens mehr als nur symbolischer Natur gewesen. Es wäre wiederum ein klarer Ausdruck unseres Engagements für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Zweifelsohne läuft die Kooperation mit der Oberpfalz beim VG Regensburg. Warum sollten wir in eine funktionierende Struktur eingreifen, wenn wir uns einer Entbürokratisierung und einer Verschlankung der Behörden als oberstem Ziel verschrieben haben, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Gestatten Sie es mir aber auch, ein wenig Kritik zu üben. Ich kann ganz neutral auf diesen Sachverhalt blicken. Ihre Zurückhaltung in dieser Angelegenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, kann ich hier leider nur schwer nachvollziehen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Gerade von Ihnen, die Sie sich immer mit Nachdruck für den ländlichen Raum starkmachen und stets betonen, wie sehr Ihnen dieser am Herzen liegt, hätte ich persönlich nach Aufarbeitung dieses gesamten Sachverhalts, der ja bereits in der letzten Legislaturperiode seinen Anfang nahm, tatsächlich mehr als lediglich gesprochene Worte erwartet.

(Beifall bei der CSU)

An diesem ganz konkreten Beispiel – das sei mir noch gestattet – wird der Widerspruch leider deutlich: Erklärte Taten und Absichten passen in diesem Fall – wie sich zeigt – nicht zusammen. Daher tut es mir persönlich besonders leid, nun den Bürgerinnen und Bürgern, die in dieser Region leben und arbeiten, die traurige Wahrheit erklären zu müssen. Das fällt mir tatsächlich nicht leicht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Noch können wir es besser machen!)

– Ja, aber damit ist dann zumindest einfach einmal eine ganz klare Aussage getroffen, auch wenn einem die Wahrheit vielleicht missfällt, inwieweit hier eine Kompensation stattfinden kann. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, das wird tatsächlich eine unserer Aufgaben sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU-Fraktion, stehen jedenfalls bereit, um uns ganz gezielt weiterhin für den ländlichen Raum einzusetzen und die Weichen so zu stellen, dass die Ergebnisse den Erwartungen unserer Wählerschaft auch gerecht werden.

Herr Schuberl, ja, Bayern braucht ein starkes Fundament, das auf Vertrauen und verlässliche politische Entscheidungen gründet. Ich bin wirklich komplett bei Ihnen, wenn es um Vertrauen in die Politik geht. Gleichwohl bitte ich um Verständnis dafür, dass man, wenn man ehrlich ist, sich vielleicht auch in einer gut funktionierenden Koalition nicht immer einig sein kann. Das ist Ausdruck unserer Demokratie.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Das wissen die GRÜNEN am allerbesten! – Zuruf von den GRÜNEN: Neues aus der Knatsch-Koalition!)

Diese Auswirkungen müssen wir tragen, unabhängig davon, ob sie bequem sind oder nicht. Das müssen wir aushalten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Vor allem Freyung!)

Eines ist klar: Der ländliche Raum ist das Fundament unserer bayerischen Identität. Er steht für Tradition ebenso wie für Innovation. Hier finden wir nicht nur die Wurzeln unserer Kultur, sondern auch das Potenzial für zukünftiges Wachstum und Wohlstand, das wir in der aktuellen Situation dringender denn je brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unsere verdammte Pflicht und auch unser Privileg, dieses Erbe zu bewahren und zu fördern. Lassen Sie mich meine Worte – ich weiß, jetzt werden bestimmt gleich wieder ewige Unkenrufe kommen – mit einem Zitat von Franz Josef Strauß schließen, das ob seiner Eindringlichkeit und Zeitlosigkeit als Mahnung und Ansporn zugleich dienen soll: Bayern ist mehr, mehr als nur Technik, mehr als nur Wirtschaft, mehr als nur kühles Rechnen. Bayern ist eine Kultur, ein Lebensstil, ein Stück Heimat. – Lassen Sie uns dafür weiter kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, Sie waren selber Bürgermeister. Der Bürgermeister der Stadt Freyung, also die Stadt Freyung hat ein Gebäude gekauft. Die Stadt Freyung muss Hunderttausende Euro in ihrem Haushalt verbuchen. Die Stadt Freyung hat sich auf ganz klare Aussagen eines Innenministers und eines Ministerpräsidenten verlassen. Sie sagen jetzt, da sollte man schon über eine Kompensation nachdenken. Das ist die unkonkretteste Aussage, die es zu diesem Thema jemals gegeben hat. Was genau stellen Sie sich unter einer Kompensation vor? Darf ich davon ausgehen, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden, da dieser eine adäquate Kompensation für Freyung fordert, oder werden Sie diesen Antrag ablehnen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Wachler (CSU): Herr Schuberl, ich glaube nicht, dass wir einem Antrag der GRÜNEN in irgendeiner Form zustimmen werden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Wir sind die Regierungspartei, und wir werden in dieser Koalition bzw. in dieser Kombination bestimmt geeignete Mittel und Wege finden, einer adäquaten Kompensation nachzukommen. Verlassen Sie sich einmal darauf.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Das haben wir am Beispiel von Freyung erlebt! – Johannes Becher (GRÜNE): Schade, das Über-den-Schatten-Springen wäre jetzt gut gewesen!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Wachler. –

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dierkes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich all jene beglückwünschen, die diesen Antrag nicht gelesen haben. Es war eine sinnvolle Zeitersparnis. Was wollen die Kollegen von den GRÜNEN? – Natürlich wieder einmal Steuern für ein sinnloses Projekt. Ich war bei der Lektüre Ihres Antrags einigermaßen belustigt; denn das Erste, woran die GRÜNEN-Fraktion bei der Förderung des ländlichen Raumes und des Bayerischen Waldes denkt, ist ein Verwaltungsgericht in Freyung.

Die von Ihnen gewollte Teilverlegung des Verwaltungsgerichts von Regensburg nach Freyung ist in jeder Hinsicht kaum vorstellbar und überflüssig. Zunächst einmal spricht nichts dagegen, in Niederbayern ein Verwaltungsgericht vorzusehen. Dagegen spricht ja nichts. Allerdings: Warum nicht an einem Standort, der für alle Bürger gut erreichbar ist, wie zum Beispiel Plattling? Dort befindet sich eine ICE-Anbindung. Hierzu wird unsere Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Also ist die AfD gegen den Bayerischen Wald?)

Doch die Kollegen von den GRÜNEN wollen Freyung und begründen das damit, den ländlichen Raum und den Bayerischen Wald fördern zu wollen. Doch nun wird kein normal denkender Mensch nach Freyung ziehen, dort eine Immobilie kaufen oder Urlaub machen, nur weil sich dort ein wundervoller Neubau eines Gerichtsgebäudes befindet.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ist es so schlecht in Freyung? – Das glaube ich nicht! Dort ist es doch schön!)

Wenn Sie für den Bayerischen Wald etwas tun wollen, dann hören Sie einfach mal auf, überall Windräder zu fördern. Drängen Sie die Regierung endlich dazu, auf eine erhebliche Senkung der Spritsteuern hinzuwirken. Die Menschen würden es Ihnen danken.

(Johannes Becher (GRÜNE): Die AfD ist gegen den Bayerischen Wald!)

Wir haben in Bayern kein Problem mit zu wenig Verwaltung, sondern ganz im Gegen teil. Die von den GRÜNEN im Bund geförderte und hervorgebrachte Gängelungspolitik mit immer neuen Maßnahmen, die jede Kommune vor erhebliche Herausforderungen stellt, macht die vielen Verwaltungsgerichtsverfahren erst notwendig.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie beispielsweise infolge Ihrer Massenmigrationspolitik in ein 1.000-Seelen-Dorf eine Flüchtlingsunterkunft für 2.000 Asylanten stellen wollen und sich der Bürgermeister wehrt, dann landet dieser Fall vor dem Verwaltungsgericht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Es geht um ein Verwaltungsgericht in Freyung!)

Wenn Sie in jeden Vorgarten Windräder stellen wollen und unsere Landschaft verschandeln, dann landen die Folgestreitigkeiten vor dem Verwaltungsgericht. Wenn Sie unter dem Deckmantel eines völlig ausgearteten Klimaschutzes sinnfreie und weitestgehend auch umweltschädliche Gesetze verabschieden, dann landen die Fol gestreitigkeiten vor einem Verwaltungsgericht. Mein Vorschlag daher: Weniger grüne Politik – das sollen sich bitte auch die CSUler auf die Fahne schreiben –, dann kommen wir auch mit weniger Verwaltungsgerichten klar.

(Beifall bei der AfD)

In der Bundespolitik, wo die Kollegen von den GRÜNEN derzeit leider noch mitregieren, verschleudern Sie unser Steuergeld für Radwege in Peru und für eine Massenmigration, die so nicht zulässig ist und beendet werden muss.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das hat nichts mit Freyung zu tun! Immer dieselben Scheuklappen!)

Sie überweisen Kindergeld ins Ausland und finanzieren die halbe Welt mit und jede noch so kleine linksextreme Keimzelle. Dann wundern Sie sich ernsthaft darüber, dass kein Geld für den ländlichen Raum übrig ist. Sie haben es im Bund verpasst, sich für den ländlichen Raum einzusetzen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Wut in der Bevölkerung gegen Sie ist mittlerweile sehr groß. Dass Sie diesen Unmut bei Ihren Veranstaltungen zu spüren bekommen, das erfolgt völlig zu Recht. Ich bin gespannt, was die Landwirte dazu sagen, dass Ihr Vorschlag für die Förderung des ländlichen Raumes in einem neuen Verwaltungsgericht besteht. Es ist verwunderlich, dass Sie sich selbst nicht peinlich sind. Ihre vollkommen realitätsferne Politik wird dafür sorgen, dass Sie genauso wie die SPD und die FDP in der Versenkung verschwinden werden. Für meinen Geschmack dauert das noch viel zu lang, aber Sie sind auf dem besten Weg dazu.

(Widerspruch bei der SPD)

Bei den kommenden drei Wahlen in Mitteldeutschland werden Sie mit ein bisschen Glück aus den Parlamenten fliegen – für Ihre Kollegen der SPD ist das sogar so gut wie sicher. Gratulation dazu! Sie haben sich mit Ihrer Politik ja redlich Mühe gegeben, weiter so.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber seien wir ehrlich: Das Schicksal Niederbayerns und das Schicksal Deutschlands sind Ihnen doch völlig egal. Sie sind völlig geblendet von Ihrem Trip, Ihrer Agenda. Sie sind damit beschäftigt, Versagerkraut zu legalisieren, Geschlechtsumwandlungen per Sprechakt, kindesgefährdende Pädagogik und eine Ausbeutung unserer Leistungsträger zu verwirklichen.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Kommt nach den Hass- und Schimpftiraden noch etwas anderes, oder ist das alles? – Zuruf von der SPD: Was hat das mit dem Verwaltungsgericht in Freyung zu tun?)

Der vorliegende Antrag dient nur der Kosmetik Ihres grundlegend bösartigen Antlitzes. Glücklicherweise obliegt die Regierungsbeteiligung jedoch nicht Ihnen in Bayern, so dass man den Antrag müde belächeln kann. Selbstverständlich lehnt meine Fraktion Ihren Antrag ab.

Zum Schluss möchte ich noch einen Vorschlag machen, wie Sie Ihre Zeit sinnvoll nutzen können, statt sie in solch sinnlose Anträge zu investieren: Gehen Sie doch einmal auf die Internetseite des Antaios Verlages und bestellen sich das neue Buch "Remigration" von Martin Sellner.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Dierkes.

Rene Dierkes (AfD): Darin enthalten ist ein Musterbeispiel für gelungene politische Ansätze. Vielleicht schaffen Sie es, aus der – –

(Das Rednermikrofon wird ausgeschaltet)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Dierkes. – Vielen Dank, Herr Dierkes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Martin Sellner – das ist doch Wahnsinn!)

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Behringer für die FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Sie haben an der Rede von Herrn Dierkes gerade gemerkt: Die AfD ist gegen den ländlichen Raum.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Stadt Freyung so zu diffamieren und auch den ganzen Landkreis Freyung-Grafenau zu diffamieren – –

(Zurufe der Abgeordneten Christoph Maier (AfD) und Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Sie schalten mir das Mikrofon nicht ab. Sie können auch reinschreien; aber ich bin lauter.

Einen ganzen Landkreis zu diffamieren und den ländlichen Raum zu diffamieren, geht nicht. Das tut man nicht. Das ist unerhört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Nachdem ich selber aus dem Landkreis Freyung-Grafenau komme und die Stadt Freyung sehr gut kenne, brauche ich mir das nicht gefallen lassen.

Aber jetzt zum Thema. Behördenverlagerungen sind komplexe Prozesse, die eine sorgfältige Diskussion, Prüfung und genaue Abstimmung erfordern. Vorschnelle Entscheidungen aus der Hüfte heraus, wie sie in diesem Antrag vorgeschlagen werden, sind nicht angebracht. Alle nötigen Abläufe sollten transparent sein und eingehalten werden.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Es ist wichtig zu betonen, dass eine Behördenverlagerung kein wahlloser Griff in den Wünschkoffer sein kann. Jede Verlagerung bedeutet finanzielle Aufwendungen, die

im Vorfeld ebenso bedacht werden müssen wie auch die Eignung des eigentlichen Standortes. Deswegen benötigen wir diese Zeit und wägen in der Koalition sorgfältig ab.

Besonders befremdlich ist für mich die Tatsache, dass in der örtlichen Presse betont wird, ein Abgeordneter würde sich mit diesem Antrag für die Region einsetzen. Nach meiner Einschätzung scheint es eher darum zu gehen, Schlagzeilen zu produzieren, die wenig Substanz bieten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie haben die Schlagzeilen selber produziert!)

Diese Vorgehensweise sehe ich als wenig zielführend an, sie nutzt unserer Region nicht im Geringsten. Wenn ein Engagement von so manchem in gleicher Weise gegenüber dem Gesundheitsminister und für die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung vorhanden wäre, könnten viele Landkreise sicherlich die massiven Defizite im Krankenhausbereich mildern. Leider scheint der Bundesgesundheitsminister jedoch keine Zeit für die drängenden Anliegen des ländlichen Raums zu haben. Lieber beschäftigt er sich mit der Legalisierung von Cannabis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Sprechen Sie zum Thema!)

Eine konsequente Verringerung der Krankenhausdefizite würde nicht nur die Landkreise entlasten, sondern auch sämtliche Gemeinden, Märkte und Städte. Hier könnte man wirklich für die Region und insbesondere für den ländlichen Raum etwas tun, über den wir im Zuge dieses Antrages sprechen.

Ich vermisste seitens der GRÜNEN jegliche Kritik am Bundeswirtschaftsminister.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Thema!)

Laut "Welt" betrachtet die Mehrheit der Deutschen die Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition mittlerweile als schädlich. Selbst ein Großteil der eigenen Wählerschaft ist hier

unzufrieden. In beiden Punkten wünschte ich mir das gleiche Engagement. Es kommt einem nicht so vor, als würde eine Opposition hier versuchen, die bayerische Politik besser zu machen. Eher hat man den Eindruck, es werden inhaltslose Anträge geschrieben, um vom eigenen Versagen in der Ampel abzulenken. Wo findet die Debatte über die eigentlichen Probleme statt? Wo bleibt die Auseinandersetzung mit den echten Problemen dieses Landes?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Thema!)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen, dass Niederbayern meiner Ansicht nach dringend ein Verwaltungsgericht benötigt. Trotz der hervorragenden Arbeit des Verwaltungsgerichts Regensburg müssen wir in dieser Sache im Dialog bleiben. Vielleicht ist es auch gar nicht schlecht, dass das Projekt ausgesetzt wurde. Jetzt bietet sich allen Beteiligten noch einmal die Chance, den Standort für das Verwaltungsgericht zu prüfen und die bestmögliche Lösung für Niederbayern zu finden.

Bezüglich der Stadt Freyung möchte ich anmerken, dass das geplante Polizei-Trainingszentrum bereits eine bedeutende Bereicherung für die Region darstellt. Die Kommune profitiert erheblich, insbesondere von der sinnvollen Nutzung des ehemaligen Gebäudes der Bavaria Klinik.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Thema!)

Eine alternative Nutzung wäre wohl sehr schwierig geworden. Daher kann man kaum behaupten, dass die Bayerische Staatsregierung in dieser Angelegenheit nicht bereits aktiv geworden wäre. Die Diskussion um eine Behördenverlagerung um jeden Preis halte ich daher für unangemessen und zum jetzigen Zeitpunkt für wenig zielführend. Lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen, Gespräche führen und über alle Alternativen nachdenken. Damit wäre Niederbayern ein großer Dienst erwiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Die erste kommt vom Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Martin, ich kann schon verstehen, dass du von dem Thema ablenkst und lieber über die Bundespolitik redest; aber es geht eigentlich um das Verwaltungsgericht Freyung. Deswegen möchte ich auf das Thema zurückkommen. Du sagst, man sollte nicht aus der Hüfte schießen, sondern sich etwas überlegen. Ich möchte aus unserem Antragstext vorlesen: "Für den Fall, dass die Staatsregierung an der Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg nicht mehr festhalten möchte, fordert der Landtag eine adäquate Kompensation für Freyung." – Es ist nun entscheidend, ob du meinst, dass Freyung eine adäquate Kompensation braucht oder nicht. Darüber kannst du heute abstimmen. Ich bin sehr gespannt.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Ich glaube, ich habe meine Meinung sehr deutlich gesagt, nämlich dass man in dieser Sache lieber einen Schritt zurückgeht und sie noch einmal betrachtet.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ob das Verwaltungsgericht nach Freyung kommt oder woandershin, werden wir in der Diskussion dann sehen. Also brauche ich jetzt über keine andere Behördenverlagerung reden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Kollege Behringer, kann es sein, dass die FREIEN WÄHLER nur deswegen gegen ein Verwaltungsgericht in Freyung sind, weil dort ein CSU-Mitglied als Bürgermeister sitzt?

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Welcher Partei ein Bürgermeister angehört, ist mir eigentlich vollkommen egal. Mir geht es darum, den besten Standort zu finden. Wenn dieser in Freyung ist, dann werden wir es nach Freyung verlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Behringer.
– Der nächste Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Mann, ein Wort – in diesem Fall sind es zwei Männer und ein Wort. Tatsächlich sind es aber nicht nur einfache Männer, sondern Mitglieder der Staatsregierung – der Ministerpräsident und einer seiner wichtigsten Minister, nämlich der Innenminister.

Alle haben im Vorfeld der Wahl übereinstimmend zugesichert, dass ein Verwaltungsgericht nach Freyung kommt. Jetzt ist die Frage: Steht man zu seinem Wort? Kann man zu seinem Wort stehen? Oder was ist für die Zukunft daraus ableitbar, dass man im Vorfeld einer Wahl so etwas verspricht, das dann aber nicht einhält? Das ist eine große Frage.

Wenn wir uns im Hinblick auf das Abgeordnetengesetz über die Würde des Hauses unterhalten, muss diese Verhaltensweise der zuständigen Minister die Frage aufwerfen: Ist es einer Staatsregierung würdig, in Amt und Würden aufzutreten, Versprechungen zu machen, die nach der Wahl nur Schall und Rauch sind?

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Was lösen solche Versprechen aus? – Investitionen von Gemeinden. Grundstücke werden angeschafft. Jetzt soll ein Trainingszentrum für die Polizei gebaut werden. Wie ich jetzt gerade gehört habe, ist der Grundstückserwerb diesbezüglich auch sehr schwierig.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Was wird mit der Umsetzung? Was wird erzeugt? Wir reden von politischem Vertrauen. Schafft dieses Verhalten politisches Vertrauen in die Staatsregierung und ins Parlament? – Natürlich nicht.

Jetzt zum ländlichen Raum. In der Verfassung, die 2013 mit Zustimmung des Volkes geändert wurde, steht: "gleichwertige Lebensverhältnisse". Liebe Niederbayern, ihr lebt im einzigen von sieben Bezirken, der kein Verwaltungsgericht hat. Jetzt könnte man sagen: Das ist eine Kooperation mit der Oberpfalz. Ja warum? Gibt es einen sachlichen Grund dafür, wenn man die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern anstrebt, dass Niederbayern als einziger Regierungsbezirk kein Verwaltungsgericht hat? Das geht aus meiner Sicht vollkommen fehl. Deswegen braucht Niederbayern tatsächlich ein Verwaltungsgericht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja auch schon angesprochen worden, dass in diesem Zusammenhang weitere Überlegungen bzw. Abwägungen stattfinden: Auf der einen Seite steht die Verfassung mit der Vorgabe, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen; auf der anderen Seite entscheidet man sich bei der Frage der Verlegung des Verwaltungsgerichts gegen den ländlichen Raum. Wie ich gehört habe, wird die Bundespolitik herangezogen, um die Entscheidung der Koalitionsparteien zu verteidigen, dass im Bayerischen Wald kein Verwaltungsgericht errichtet wird. Solche Argumentationen sind doch erbärmlich! Es nutzt doch den Leuten in Niederbayern nichts, wenn auf diese Weise abgelenkt wird; im Gegenteil, das verhöhnt sie nahezu, weil sie Investitionen getätigt haben, um Arbeitsplätze bei sich zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich spreche Sie hier im Parlament an: Sie opfern ein Versprechen, eine allgemein anerkannte Notwendigkeit auf dem Altar Ihrer parteipolitischen Klüngelgeleien. Das ist dieses Hauses, dieser Regierung und vor allem Niederbayerns nicht würdig. Deswegen sollte man in diesem Zusammenhang wirklich Kompensationsentscheidungen treffen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Herr Kollege Felix Locke von den FREIEN WÄHLERN, bitte.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege Arnold, Sie kennen das Sprichwort: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Ich erinnere daran, dass der Bundeskanzler unseren Gastronomen erst versprochen hat, dass die Mehrwertsteuer nicht erhöht wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie sollten also ganz vorsichtig sein, wenn Sie den einen oder anderen Vergleich mit unserem Ministerpräsidenten ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Horst Arnold (SPD): Ich habe es ja vorhin schon gesagt: Diese Argumentation ist armselig und kümmerlich. Sie ist eine Ablenkung.

(Zurufe von der CSU: Oje!)

Wenn Sie in Bayern so super sind, dann regeln Sie doch, was Sie in Bayern regeln können. Sie sind aber nicht einmal dazu in der Lage.

Im Übrigen haben wir Erfahrungen mit Versprechungen des Ministerpräsidenten. Zu Beginn der Legislaturperiode, in der ich hier eingezogen bin, hat Herr Seehofer ins Gästebuch geschrieben, dass das Klinikum in Augsburg kommt. Das war 2008. Wis- sen Sie, wann es gekommen ist? – Das ist die Hoffnung für Niederbayern: 10, 12 Jahre später.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Aber es ist da!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. –

Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Sandro Kirchner das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin, wenn man die Worte und Äußerungen der letzten Wochen und Monate Revue passieren lässt, doch sehr verwundert, was man uns da hin- und an den Kopf schmeißt, was da von Versprechen, Worthalten und dergleichen aufgeführt wird. Ich denke, an der Stelle wäre vielleicht Abrüsten ganz gut. Sich auf die Sache zu konzentrieren, wäre noch besser. Deswegen wäre es auch gut, wenn wir zur Sachlichkeit zurückkehren und uns die Zwischenrufe sparen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Ich denke, es ist wichtig, dass wir uns mal in Erinnerung rufen, wovon wir an der Stelle reden. Ich bin 2014 in den Landtag gekommen. Damals hat der damalige Heimatminister Markus Söder eine Heimatstrategie verkündet, die 2021 mit dem zweiten Teil der Behördenverlagerung unter ihm als Ministerpräsident fortgeführt worden ist. Im Weiteren war an dieser Stelle natürlich auch Freyung Gegenstand.

Was die Behördenverlagerung in dieser Heimatstrategie insgesamt angeht, bitte ich doch zu respektieren und anerkennend festzustellen, dass es wichtig war, Regionen im ländlichen Raum – und natürlich auch Räume mit besonderem Handlungsbedarf – zu identifizieren, um eine entsprechende Behördenverlagerung stattfinden lassen zu können.

Herr Schuberl, ich kann mich noch gut erinnern und habe jetzt auch noch mal gegoo-gelt und Presseberichte nachverfolgt: Damals waren die GRÜNEN nicht so euphorisch. Da ging es um Zwangsumsiedlung aufs Land und um schlechte Entscheidungen,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

dass man dort Dinge auseinanderreiße. Ich finde es gut, dass Sie sich heute hier herstellen und sagen: Jawohl, diese Behördenverlagerung ist für den ländlichen Raum ein besonderer Nutzen. Ich finde es gut, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die ländlichen Räume gestärkt werden.

Ich komme im Übrigen aus dem ländlichen Raum. Ich bin heilfroh, dass die Behördenverlagerung in Bad Kissingen erfolgreich stattfindet. Sie hat unsere Region wirtschaftlich unterstützt; das unterstreicht das Ganze. Ich würde deswegen grundsätzlich feststellen wollen, dass die dahinterstehende Idee sehr gut ist und sehr viel Erfolg bringt.

Was auch wichtig ist: Freyung ist als ein solcher Raum identifiziert worden. Es war in der weiteren Diskussion ganz klares Ansinnen der Staatsregierung, diesen Raum wirtschaftlich und vor allem strukturell zu stärken. Man wollte eben den Raum Freyung stärken. Eine weitere Entwicklung dieses Raums – –

(Unruhe)

– Ich weiß nicht: Sie haben den Antrag gestellt. Sie haben sich hier ans Rednerpult gestellt und haben eine Rede gehalten und eine Forderung aufgestellt. Wenn man dann versucht, auf Ihre Ideen und Forderungen eine Antwort zu geben, dann sind Sie ständig abgelenkt und schwätzen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Im Vordergrund stand, dass für eine weitere Entwicklung des Raums, der hier von Bedeutung ist, die Errichtung eines Verwaltungsgerichts einen Akzent setzen könnte.

Sie haben gesagt, Markus Söder und Joachim Herrmann stünden im Wort. – Die beiden halten ihr Wort, weil sie gesagt haben, sie wollen an dieser Stelle ein Verwaltungsgericht auf den Weg bringen. Zur Ehrlichkeit gehört aber dazu, dass es dafür eines Beschlusses des Landtags bedarf. Wenn man die aktuellen Diskussionen und

das Drumherum anschaut, stellt man fest, dass es aktuell keine Mehrheit für einen solchen Beschluss gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Deswegen ist an der Stelle nicht das Wort gebrochen, sondern es liegt an der Stelle ganz einfach am Parlament und an den Gesetzgebungsverfahren. Man sollte deswegen aufpassen, dass man, weil es eben anders ist, die beiden Personen nicht in ein falsches Licht rückt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Schwarz-Grün hätte eine Mehrheit! Das kriegen wir hin!)

– Das sind Taschenspielertricks. Ich könnte umgekehrt auch andere Dinge von der Bundesebene bringen. Also, bitte ehrlich bleiben und die Leute nicht hinters Licht führen.

Herr Schuberl, wichtig ist aber schon, und ich war da ein bisschen enttäuscht:

(Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Sie haben gesagt, dieses Fortbildungs- und Tagungszentrum der bayerischen Polizei ist etwas Unbedeutendes, nichts Besonders,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

das ist nur was so nebenbei.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

Ich möchte schon feststellen, dass das was ganz, ganz Besonderes ist, was da nach Freyung kommen soll und kommen wird. Das, was da entstehen wird, wird auch ein wegweisender Schritt in die Zukunft der Region und der Stadt sein. Vom Volumen her ist es auch etwas sehr Außerordentliches.

Ich habe gesagt, dass ich mich als Bad Kissinger damit auskenne, was wir bekommen haben. Ich würde mir wünschen, dass das, was dort in Freyung entsteht, in meine Heimat kommen würde. Seien Sie also froh, dass es nach Freyung kommt. Wenn man die aktuellen Überlegungen und das, was im Weiteren zu diesem Zentrum besprochen wird, sieht: Der Vorredner, Kollege Behringer, hat vorhin angesprochen, dass es ganz schwierig gewesen wäre, für diese Rehaklinik eine sinnvolle Nachnutzung zu finden. Insofern findet dort eine Nachnutzung besonderer Art statt.

Wir alle wissen, dass dort, wenn die Überführung dieses Rehazentrums in ein Fortbildungs- und Tagungszentrum erreicht ist, Aus- und Fortbildung und Workshops für die bayerische Polizei stattfinden werden. Das sind pro Jahr über 4.000 Beamte, die dort in Freyung zugegen sein werden. Neben der Aus- und Fortbildung: Man kann sich vorstellen, was für eine Wirtschaftskraft 4.000 Menschen in einer Stadt und drumherum generieren. Ich denke schon, dass Sie da einen Jackpot geknackt haben. Man sollte sich das in Freyung bewusst machen. Nebenbei bemerkt gehen auch 80 Arbeitsplätze damit einher.

Ich denke, man sollte an der Stelle nicht hinten runterfallen lassen, sondern betonen, dass der Freistaat Bayern – an der Stelle insbesondere das Innenministerium – den besonderen Anspruch hat, den Wirtschaftsraum Freyung – wie die Rhön an der Peripherie Bayerns – zu unterstützen und vorwärtszubringen. Bitte vergessen Sie das nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Planungen und Erhebungen laufen auf Hochtouren. Wir sind in enger Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen des Bauministeriums, mit den staatlichen Bauabteilungen. Ich denke schon, dass wir da auf einem sehr guten Weg sind.

Herr Schuberl, auch hier gehört es wieder zur Ehrlichkeit dazu, dass die Prüfung der Grundstücksangelegenheiten natürlich abgeschlossen werden muss. Das ist die Grundlage. Natürlich müssen sich auch der Landtag und seine beteiligten Ausschüsse

damit intensiv beschäftigen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport muss sich damit befassen. Am Ende des Tages muss sich – ganz wichtig – auch der Haushaltsausschuss damit befassen, damit das Geld zur Verfügung gestellt wird, um diesen Grundstückskauf abzuschließen und Entsprechendes auf den Weg zu bringen.

Das wird demnächst behandelt. Wir sind auf einem guten Weg. Ich bin deswegen auch der Meinung, dass man dort abrüsten, sich die Dinge ordentlich vorlegen lassen und zu guten Entscheidungen kommen sollte. Das müssen Entscheidungen sein, die den Anspruch haben, verwirklicht zu werden, einen Mehrwert für die Region zu bringen und im Kontext der Behördenverlagerung der Heimatstrategie abgebildet werden zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Herr Kollege Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatssekretär, es geht um das zugesagte Verwaltungsgericht Freyung. Sie haben jetzt wieder über das Fortbildungszentrum der Polizei gesprochen. Ist es aus Ihrer Sicht wirklich so, dass das die Kompensation für das weggefallene Verwaltungsgericht sein soll? – So hat sich das angehört.

Ich hoffe mal, dass Sie das nicht so sehen. Das war nämlich schon eine Kompensation für das weggefallene SEK-Trainingszentrum. Soll das jetzt für alles, was wegfällt, Kompensation sein, auch noch für zukünftige Dinge? Oder gibt es irgendetwas anderes als Kompensation von Ihnen? – Wenn ja, dann sagen Sie es bitte deutlich und klar. Das nächste Mal, wenn Sie etwas versprechen, fragen Sie bitte vorher Ihren Koalitionspartner.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sie haben mich da falsch verstanden. Ich habe dieses Fort- und Ausbildungszentrum nicht als Kompensation dargestellt, sondern ich wollte Ihnen – Sie haben ja für sich in Anspruch genommen, dass Sie aus dieser Region kommen, dass Sie diese Region vertreten – einmal aufzeigen, was das Innenministerium im Rahmen der bayerischen Polizei dort für einen Aufschlag für die wirtschaftliche Weiter- und Fortentwicklung macht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Auch wegen der anderen Kontroversen und der kritischen Äußerungen, die eingebracht werden und eine Region wie Niederbayern schlechtreden, wäre es vielleicht ganz gut, wenn Sie als Abgeordneter vor Ort das Projekt unterstützen und aufzeigen, dass den Menschen in Freyung etwas Besonderes geschieht und die Dinge vorwärtsgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Ersten, was Sie gefragt hatten: Ich hatte schon versucht, Ihnen aufzuzeigen, dass die Situation so ist, dass dieses Verwaltungsgericht in Freyung momentan nicht zur weiteren Diskussion steht, weil keine Mehrheiten im Landtag gegeben sind, um diese Dinge weiterentwickeln zu können. Da kann ich mich hinstellen und kann wie Rumpelstilzchen rumhüpfen, das wird an der Situation im Moment nichts ändern. Die muss ich so akzeptieren. Im Moment ist damit die Situation on hold.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Gibt es eine Kompensation oder nicht?)

– Das entscheide auch nicht ich.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Kirchner.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur namentlichen Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir stimmen über den Antrag in namentlicher Form ab. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:41 bis 16:44 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(Unterbrechung von 16:44 bis 16:45 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation" auf Drucksache 19/88 bekannt. Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 110 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16:46 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.03.2024 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation (Drucksache 19/88)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel				Enders Susann			
Atzinger Oskar			X	Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander			X
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			X
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian			X
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan			X
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia		X	
Birzele Andreas	X			Gotthardt Tobias			
Blume Markus				Graupner Richard			X
Böhm Martin		X		Grießhammer Holger		X	
Böltl Maximilian				Grob Alfred			X
Bozoglu Cemal				Groß Johann			X
Brannekämper Robert				Gross Sabine		X	
von Brunn Florian	X			Grossmann Patrick			X
Dr. Brunnhuber Martin		X		Guttenberger Petra			X
Dr. Büchler Markus	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülsären	X			Hartmann Ludwig		X	
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang			X
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			X
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian			X
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			X
				Hofmann Michael			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander				Pargent Tim	X		
Holetschek Klaus	X			Prof. Dr. Piazolo Michael			
Holz Thomas	X			Pirner Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard	X			Pohl Bernhard			
Huber Martin	X			Post Julia			
Huber Martin Andreas				Preidl Julian		X	
Huber Thomas	X			Rasehorn Anna	X		
Huml Melanie	X			Rauscher Doris	X		
Jäckel Andreas	X			Reiß Tobias		X	
Jakob Marina	X			Rinderspacher Markus	X		
Jungbauer Björn	X			Rittel Anton		X	
Jurca Andreas				Roon Elena			
Kaniber Michaela				Saller Markus		X	
Kaufmann Andreas				Schack Jenny		X	
Kirchner Sandro	X			Schalk Andreas		X	
Knoblauch Paul				Scharf Martin		X	
Knoll Manuel				Scharf Ulrike			
Köhler Claudia	X			Scheuenstuhl Harry	X		
Köhler Florian		X		Schießl Werner			
Kohler Jochen	X			Schmid Franz		X	
Koller Michael				Schmid Josef			
Konrad Joachim	X			Schmidt Gabi		X	
Krahl Andreas				Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus	X			Schnürer Sascha			
Kühn Harald	X			Schöffel Martin			
Kurz Sanne	X			Schorer-Dremel Tanja			
Lausch Josef	X			Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian	X			Schuhknecht Stephanie		X	
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix	X			Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan	X			Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra	X			Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer	X			Siekmann Florian		X	
Magerl Roland				Singer Ulrich			
Maier Christoph	X			Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand	X			Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd	X			Stadler Ralf			
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes	X			Stock Martin		X	
Meußgeier Harald	X			Stolz Anna			
Meyer Stefan	X			Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Straub Karl			
Mistol Jürgen	X			Streibi Florian		X	
Mittag Martin	X			Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmair Simone			
Müller Ruth	X			Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif			
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter	X			Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan	X			Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena	X			Triebel Gabriele		X	
				Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland	X		
Weitzel Katja			
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme		40	110
			1